



Denen den Rücken stärken, die für uns stark sind

Es ist der erste Wahlslogan einer großen „Volkspartei“, den ich bewusst wahrnehme – es ist Bundestagswahlkampf. *„Denen den Rücken stärken, die für uns stark sind.“*

Das Großflächenplakat, auf dem zwei Polizeibeamte zu sehen sind, wurde neben der Ausfahrt des Polizeipräsidiums Einsatz platziert. Ich stehe gegenüber an der roten Ampel – den Motor habe ich schnell ausgemacht, denn auf der anderen Seite steht ein mahnendes Plakat einer bekannten Umweltpartei. Demonstrativ starte ich den Motor zu früh (es ist noch nicht wieder grün!) und denke mir: eure Wahlversprechen halten schließlich auch nicht lange. Auf der Heimfahrt überlege ich mir, welche Parteien bei der anstehenden Bundestagswahl für mich infrage kommen. Vergeblich versuche ich den Spitzenkandidaten der Parteien Heldentaten zuzuordnen, die mir meine Auswahl leichter machen sollen. Ich komme sehr schnell vom Bund ins Land und stelle fest, dass es keine der etablierten Parteien gut gemacht hat. Die SPD mit ihrer verkorksten Polizeireform 2014. Die Grünen mit jetzt zwei verkorksten Reformen. Und die CDU, sie hatte in den Vorgängerregierungszeiten auch nicht immer nur Gutes für uns im Gepäck – auch wenn sie jetzt deutlich mehr Gas gibt

für die innere Sicherheit und die Polizeibesetzten. Gut, der Bund ist nicht das Land. Im Bund hat man im letzten Jahr mal kurzerhand eine ganze ehemalige amerikanische Siedlung für mehr als 3 500 Polizeiauszubildende für die Bundespolizei eröffnet. Im Land fragt man sich da eher, wie so etwas möglich ist. Vielleicht deshalb, weil sie *„Denen den Rücken stärken, die für uns stark sind.“* Oder einfach erkannt haben, dass ihnen die Versäumnisse der vergangenen Jahre jetzt um die Ohren fliegen und es höchste Zeit ist.

Langsam werde ich ungeduldig. Seit fünf Minuten sinniere ich über die Zukunftspläne der Politiker und komme nicht wirklich weiter. Ich beschließe, die Volksvertreter an ihren bisherigen Taten zu messen. Vielleicht hat man der Polizei den Rücken gestärkt, ohne dass wir es bemerkt haben. Sofort fallen mir die Verbesserungen in der Schutzausstattung und die neu beschafften Maschinengewehre ein, die uns die Anti-Terror-Pakete nach den schlimmen Anschlägen in unseren europäischen Nachbarländern gebracht haben. Gut bewertet wurde die Bodycam, die aus dem Versuchsstadium nun in die Fläche gehen soll. Die beschlossene Einstellungs Offensive ist notwendig und richtig. Allerdings fragen sich viele Verantwortliche der Hochschule, wie mit den begrenzten Kapazitäten umgegangen werden soll, nachdem wieder einmal eine Vorgängerregierung die Strukturen zerstört hatte. Auch die Praktikumsdienststellen mit viel zu wenigen Praxisaus-

bildungen werden vor große Probleme gestellt. Das Polizeipräsidium Einsatz und dessen Bereitschaftspolizeien übernehmen während des einjährigen Praktikums das Training der zukünftigen Einsatzkräfte. Die Unterbringung für die dreiwöchige Fortbildung und das dafür notwendige Personal ist bis heute nicht abschließend geklärt (*„Denen den Rücken stärken, ...“*). Bei all den Sorgen um die Machbarkeit sorgt die Nachricht um Erhöhung der Einstellungszahlen um weitere 400 Stellen auf 1 800 gleichzeitig für Freude und Tränen. Die mit der Umsetzung Betrauten bekommen hoffentlich den Rücken gestärkt und erhalten notwendige Mittel und Personal. Positiv fällt mir in diesem Zusammenhang auch noch die Poolstellenlösung ein, bei der landesweit parallel zu den Arbeitszeitverlängerungen 150 Stellen nachbesetzt werden können. Sie sorgen mit den Nachzugsbeförderungen für eine Miniperspektive in überalterten Präsidien. Zum Jahreswechsel hatte die Polizei BW über eine Million Überstunden auf dem Buckel.

Mit Sorge hat man im Innenministerium die Belastungen der eigenen Einsatzkräfte beim G20/OSZE-Gipfel in Hamburg beobachtet. Groß die Sorge auch über die 100 000 Überstunden, die über 1 000 Einsatzkräfte mit ins Ländle brachten. Wer hatte denn schon mit solch einer Eskalation gerechnet?! Wo doch ein so unpraktisches Urteil des Bundesverwaltungsgerichts die Vergütung von Bereitschaftszeiten nur noch mit 100 Prozent vergüten lässt. Fast hatte man in der Bereitschaftspolizei den Eindruck gewinnen können, dass man bevorzugt zu solchen Einsätzen außerhalb Baden-Württembergs ent-



➤ Jürgen Engel

sandt wird, wo eben keine teure Bereitschaft notwendig sein wird. Deshalb glühten auch im Vorfeld des Evangelischen Kirchentags in Berlin Wittenberg die Drähte zwischen den Innenministerien und nur knapp konnte die Anordnung von Vollvergütung aller Einsatzkräfte verhindert werden (*„Denen den Rücken stärken, ...“*). Auf Vorstoß der DPoIG bekamen die Einsatzkräfte beim G20-Gipfel drei Tage Sonderurlaub. Und nach den erschreckenden Bildern waren wir sicher alle der Meinung, dass es *„Denen den Rücken stärkt, die für uns stark waren.“*

Doch die DPoIG Baden-Württemberg hat dabei auf all diejenigen hingewiesen, die im eigenen Ländle den täglichen Wahnsinn in der polizeilichen Arbeit erleben und bewältigen. Niemand dachte daran, diese grandiose Leistung mit einem Tag Sonderurlaub zu würdigen. Ja, wir wollen auch, dass man *„Denen den Rücken stärkt, die für uns stark sind.“* Viel spendabler zeigte sich die FDP nach dem G20-Gipfel und wollte gleich einmalig 2 500 Euro pro Beamtin und Beamten zur Auszahlung bringen. Aber vermutlich wollte man damit nur zum Ausdruck bringen, dass man *„Denen den Rücken stärken sollte ...“*

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Schwabenstraße 4
76646 Bruchsal
Telefon 07251.3924990
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de
Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 07 11/99 79 474-0
Telefax 07 11/99 79 474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830



Mein persönliches Zwischenergebnis kann ich schon mal vorwegnehmen: der Polizei fehlt es an kontinuierlicher, struktureller Unterstützung und Anerkennung. Fast könnte man sagen, „es sollte der Polizei der Rücken gestärkt werden.“ Neben einer Aufwertung des Zulagenwesens der unterschiedlichen Organisationsbereiche sollte es zu einem Personalzuwachs kommen, der nicht nur

die Pensionierungswelle abmildern kann. Außerdem sind viel zu viele Tarifbeschäftigte von befristeten Arbeitsverträgen abhängig – Höhergruppierungen sind die Ausnahme. Man sollte endlich einmal nicht an Interimslösungen und Übergangszeiten denken, sondern endlich mal in der Polizei vernünftige Rahmenbedingungen für eine gute Polizeiarbeit schaffen.

Diejenigen, die der Polizei den Rücken stärken wollen, sollten sich nicht weiter auf unseren strapazierten Rücken setzen, sondern etwas zur Entlastung beitragen. Dazu gehört in allererster Linie die Zurückhaltung mit politischen Bewertungen von polizeilichen Sachverhalten von denen, na ja, zumindest die meisten, in der Politik keine Ahnung haben. Die Politik hat ereignisabhängig einige

gezielte Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit in die Wege geleitet.

Ich wünsche mir, dass es nicht immer erst solcher Ereignisse bedarf und wir nicht immer nur reagieren, sondern agieren. Und ehrlich gesagt, nach dieser Fahrt tut mir der Rücken ganz schön weh!

*Ihr/Euer
Jürgen Engel*

Auch Helfer brauchen Hilfe BBBank übergibt 10 000-Euro-Scheck an DPoIG-Stiftung

„In guten wie in schlechten Tagen“ – mit diesen Worten, die viele von einer Eheschließung kennen, übergab Vorstandsmitglied Oliver Lüsich von der BBBank einen Scheck in Höhe von 10 000 Euro an Ralf Kusterer, Landesvorsitzender der DPoIG und Regionalbeauftragter Südwest der Stiftung der DPoIG. Mit dem Betrag sollen insbesondere beim G20-Gipfel verletzte Kollegen/-innen Hilfe in den DPoIG-Stiftungshäusern erhalten. Damit erhöht die BBBank zugleich ihre regelmäßi-

gen und jährlichen Zuwendungen an die DPoIG-Stiftung. Michael Lutz, Direktor für den öffentlichen Dienst bei der BBBank, hat sich unmittelbar nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen an Ralf Kusterer gewandt und die Spende in die Wege geleitet. „Der BBBank ist es wichtig, nicht nur im normalen täglichen Dienst mit guten Leistungen als Finanzdienstleister mit den Polizeibeamten in geschäftlichen Beziehungen zu stehen, sondern auch dann, wenn solche Geschehnisse wie



> Ralf Kusterer (Mitte) und Norbert Schwarzer (Zweiter von links) nehmen aus den Händen der BBBank-Vertreter den symbolischen Scheck entgegen.

in Hamburg vorkommen, sich für das Wohl der Polizeibeamten einzubringen“, so Lutz. Petra Hasebrink, zuständige Direktionsbevollmächtigte der BBBank für das Land Baden-Württemberg, hatte mit Schrecken zur Kenntnis genommen, dass über 70 Beamte aus Baden-Württemberg verletzt wurden. Dass

es sich dabei um leichte Verletzungen handelte, ist wohl eher ein glücklicher Umstand, wie aus den Medien hervorging. Bei der Scheckübergabe waren Filialdirektor Ralf Wursthorn und Regionaldirektor Benjamin Burger sowie Norbert Schwarzer vom DPoIG-Landesvorstand mit dabei. ■

LBV – Das neue Beihilfeabrechnungssystem PLUS

Die Zahl der Beihilfeanträge ist alleine im Jahr 2016 gegenüber 2015 um circa 100 000 gestiegen. Auch in den kommenden Jahren rechnet man mit steigenden Beihilfeanträgen. Deshalb führt man ab Oktober 2017 schrittweise das neue Beihilfeabrechnungssystem PLUS = BABS+ ein. Das elektronische System soll die Beihilfebearbeitung unter-

stützen. Zuerst werden die Beihilfeanträge digitalisiert und dem elektronischen System zur Weiterverarbeitung übergeben. Ein Prüfsystem wird eine Vorprüfung der Daten mit den eingereichten Rechnungen und Belegen vornehmen. Im Abrechnungssystem erfolgt zuletzt die Festsetzung und Auszahlung der Beihilfe.

Bei der Antragsstellung ändert sich nichts. Beihilfeanträge können, wie gewohnt, per Post oder „Online“ über das Kundenportal gestellt werden. Dabei kann aber der alte vierseitige Antragsvordruck LBV 301 nicht mehr verarbeitet werden, sondern nur noch der aktuelle doppelseitige Vordruck LBV 301 (Stand 04/2016).

Ab Oktober 2017 kann es vorkommen, dass sich die Bearbeitung der Beihilfeanträge zeitweise, insbesondere im Zeitraum von September bis November 2017, verzögert. Dafür bittet das LBV um Verständnis. ■



© DPoIG BW (15)

> Oliver Auras, Jürgen Engel, Minister Thomas Strobl, Ralf Kusterer, Daniel Jungwirth (von links nach rechts)

Landeshauptvorstand tagte in Heilbronn

Minister erkennt Forderungen der DPoIG an – DPoIG weiter auf Erfolgskurs

Am 17. Juli 2017 tagte im Heilbronner Kongresszentrum Harmonie der Landeshauptvorstand der DPoIG Baden-Württemberg mit mehr als 100 Delegierten.

Dieser kleine Parteitag der DPoIG tagt in der Regel in den Jahren, in denen kein Landeskongress stattfindet. Die wichtigsten Aufgaben bestehen aus den Haushaltsberatungen, dem Geschäftsbericht des Landesvorsitzenden, dem Kassen- und Kassenprüfungsbericht mit darauf folgender Entlastung des Landesvorstandes.

Als Gastredner trat der Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl, vor die Delegierten. Zu Beginn seiner Rede hatte Minister Strobl der DPoIG und deren Mandats-trägern gedankt: „Ich möchte

zahlreiche Forderungen der Deutschen Polizeigewerkschaft an und betonte, dass man in vielen Fällen auf einem gleichen und guten Weg sei. In einer Klarheit, die an Deutlichkeit kaum zu überbieten ist, stellte er sich vor seine Polizei und brachte zum Ausdruck, dass er von der Leistungsbereitschaft

davon mindestens 400 Tarifstellen gefordert. 900 Stellen im Polizeivollzugsdienst wurden davon bereits planerisch umgesetzt und dies entgegen den bisherigen Planungen nicht erst bis zum Ende der Legislaturperiode, sondern bereits im Haushalt 2018/2019. Von den 400 geforderten Tarif-



> Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres, Thomas Strobl

damit beginnen, meine Damen und Herren, dass ich aus ganzer Überzeugung Ihnen sage, vielen herzlichen Dank für eine konstruktive, durchaus auch kritische aber gute Begleitung. Ich bin auf Ihre Expertise und Ihren Rat angewiesen und es ist so, wie Herr Kusterer Ihnen gesagt hat, dass wir in allen entscheidenden Fragen einen guten Draht zueinander haben.“

und dem unglaublichen Engagement seiner Polizeibesetzten tief beeindruckt ist.

Er wisse um die hohen – zu hohen – Belastungen und er sehe es als eine seiner zentralen Aufgaben an, diesen entgegenzuwirken. Das ginge nur mit mehr Personal. Offensichtlich liegen hier Minister und DPoIG auf gleicher Linie.

stellen wurden im Haushalt 2017 bereits mehrere 100 Stellen umgesetzt. Im Haushalt 2018/2019 sollen nun die restlichen Stellen etatisiert werden. Am Ende sind es nicht 400 sondern 600. Chapeau! Noch im März 2017 hatte die DPoIG weitere 2 000 Stellen gefordert. Und auch diese zusätzlichen Stellen sind nun in greifbarer Nähe.

In seiner Ansprache an das Gremium erkannte Thomas Strobl

Die DPoIG hatte vor den Landtagswahlen 1 500 Stellen und

Zuvor hatte der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer dem



Innenminister bereits seine Unterstützung in allen Belangen der Polizei hinsichtlich einer Verbesserung der Situation der Polizeibeschäftigten und im Hinblick auf ein Mehr an Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger des Landes angeboten. Kusterer zeigte sich zuversichtlich, dass man gemeinsam mit dem Minister an diesen Zielen erfolgreich weiterarbeiten werde.

Und was wahr ist, muss man auch sagen, so Kusterer: „Kein Innenminister der letzten Legislaturperioden hat so viele Neustellen mit auf den Weg gebracht wie Strobl.“

Noch nie wurde in den vergangenen Jahren so stark den personellen Forderungen entsprochen wie aktuell. Während andere versuchten, die zu wenigen Polizeibeschäftigten einfach anders im Land zu verteilen, wird jetzt der einzig richtige und zielführende Weg eingeschlagen – mehr Personal.“

Bereits in seiner Begrüßungsrede hatte Kusterer zahlreiche „Big Points“ angesprochen, die aktuell die Polizei und die Beschäftigten umtreiben und in denen Kusterer gemeinsam mit dem Minister nach Lösungen suchen möchte. Dies umfasst unter anderem die Bereiche: Vergütung der Zeiten von Einsatzkräften bei ländere-



> Rolf Fauser (IF Böblingen) mit kleinem Geschenk aus der Kriminaltechnik



> DPoIG-Pressesprecher/Leitungsmitglied mit seinem CDU-Parteivorsitzenden



> Minister erkundigt sich bei Markus Kaumeyer zur Einsatzlage Schorndorf



> WLAN und Bildungsnotstand – die Themen von Jürgen Weber (Lahr) und Berthold Kibler (BC)



> Stellvertretender DPoIG-Bezirks- und stellvertretender CDU-AK-Polizei-Vorsitzender Rainer Staib – Thema aktiver Gehörschutz für Einsatzkräfte



> Der Minister (und Jurist) mit Justitiarin und Geschäftsführerin Sarah Leinert



> Landesvorsitzender Ralf Kusterer

übergreifenden Einsätzen, Zulage für Angehörige der operativen Einsatzeinheiten des PP Einsatz, Zulassungsverfahren für den gehobenen Polizeivollzugsdienst, Aufstiegsmöglichkeiten und Perspektiven für mehrere 1 000 Abiturienten in der Polizei, Übernahme von Tarifbeschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen, Verbesserungen für die Angehörigen des Schichtdienstes, Bildungsnotstand und Standards in der polizeilichen Aus-

und Fortbildung, Umsetzungszeitpunkt der Reform der Polizeireform vor 2020 inklusive Möglichkeiten einer sozialverträglichen Umsetzung unter Berücksichtigung von persönlichen Veränderungswünschen, Belastungssituation der Beschäftigten.

Die Delegierten quittierten die Ansprache und das offene Wort mit großem Beifall und Zuspruch. Im Anschluss an die Rede des Ministers wurde be-

wusst eine Pause eingeschoben. So hatten zahlreiche Mandatsträger der DPoIG die Möglichkeit, direkt mit dem Minister ins Gespräch zu kommen und ihre wichtigen Anliegen vorzutragen. Und sicher gab es auch die eine oder andere freundschaftliche Begegnung in dieser Pause.

Nach der Pause startete man in die eigentliche Tagesordnung. Oliver Auras, stellvertretender Landesvorsitzender, sorgte für



> Oliver Auras, stellvertretender Landesvorsitzender

die wichtigen Grundinformationen, die Annahme der Tagesordnung und die Wahl zum Tagungspräsidium.

Für das Tagungspräsidium konnte der bereits seit Jahren „alt“bewährte Kollege Dieter Knolmar (Heidenheim), Bezirksvorsitzender Ulm, gewonnen werden. Unterstützt wurde er von dem bundesweit erfahrenen Vizepräsidenten Markus Kaumeyer (Rems-Murr), stellvertretender Bezirksvorsitzender Aalen, und dem Lokalmatador Uwe Ullrich (Heilbronn), Bezirksvorsitzender Heilbronn. Alle drei führten im Anschluss an ihre Wahl mit viel Geschick und Professionalität den Landeshauptvorstand.

Landesvorsitzender Ralf Kusterer hatte die traurige Pflicht, bei der Totenehrung drei verdiente Ehrenmitglieder zu nennen, die erst wenige Tage und Wochen zuvor verstorben sind. Harald

Kappel, Peter Pokorny und Peter Mangel. Drei besondere Menschen, die sich verdient um die DPoIG gemacht haben und denen man ein ehrendes Gedenken bewahren wird.

Darauf folgte der Geschäftsbericht. Denn das, was Ralf Kusterer für die Landesleitung, den geschäftsführenden Landesvorstand, den Landesvorstand und die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle zu berichten hatte, lässt sich durchaus mit Begriffen der Superlativen beschreiben. Das war nicht ein Bericht über einige Einzelkämpfer, die sich als Verwalter betätigten; nein, das war Innovation, das war Anpacken, das war harte Arbeit und unglaubliches Engagement. Das war zukunftsweisend, mutig, verantwortungsvoll, mitreißend, einbindend nicht ausgrenzend, fördernd und fordernd, ehrlich, transparent und offen. Und es war menschlich, nicht perfektionistisch, aber bemüht, im Sinne des Verbandes das Beste zu tun. Und stets immer etwas mehr als nur das Beste geben zu wollen. Ja, man konnte es förmlich spüren, wie die Delegierten hinter ihrer Führungsmannschaft standen. Man konnte es spüren, welche neuen Wege man in den vergangenen 18 Monaten gegangen war. Wie sich jeder einzelne Mandatsträger wie ein Tausendfüßler in die gleiche Richtung bewegt. Und zwar erfolgreich bewegt.



> Markus Kaumeyer, Dieter Knolmar, Uwe Ullrich (von links nach rechts)

Mit großer Freude konnte Kusterer über den Innenausbau der DPoIG berichten, als Highlight ein sicher noch nie in einem solchen Zeitpunkt dagewesener Mitglie­derzuwachs von über 700 Neumitgliedern. Und das bei noch nicht steigenden Einstellungszahlen.

Positive Veränderungen in der Geschäftsstelle, mit einem Ausbau des Rechtsschutzbereichs, der von der neuen Justiziarin und Geschäftsführerin Sarah Leinert zu verantworten ist. Fortschreitende organisatorische Veränderungen, die Jörg Timmann als Geschäftsführer Organisation voran bringt. Helfende Hände, wie beispielsweise von Wolfgang Krämer (Stuttgart), der nicht nur dafür sorgt, dass die Kreis- und Ortsverbände frühzeitig neue Kalender bekommen, sondern auch mit der Geschäftsstelle einen solchen Landeshauptvorstand ausrichtet. Und eine Landesleitung, die sich Hand in Hand mit dem geschäftsführenden Landesvorstand um diese DPoIG verdient gemacht hat.

Der zweite Teil des Geschäftsberichtes betraf die „offenen Baustellen“. In sehr komprimierter Form konnten sich die Delegierten einen Überblick über die außerordentlichen gewerkschaftspolitischen Erfolge verschaffen. Mit mehreren Powerpoint-Folien unterstützt, war das ein Ritt über personelle, materielle und finanzielle Aspekte. Themen, die teilweise seit Jahrzehnten auf dem Forderungskatalog standen, konnte diese Landesleitung umsetzen und durch einen wahrlichen Gesprächsmarathon mit Innenpolitikern des Landtags, den Fraktionen und den Hausspitzen der Ministerien voranbringen. (Anmerkung der Redaktion – einen Überblick dazu geben wir in der nächsten Ausgabe des POLIZEI-SPIEGELS)



> Jürgen Engel, stellvertretender Landesvorsitzender

Die Kassenangelegenheiten wurden erstmals von Jürgen Engel, stellvertretender Landesvorsitzender, vorgetragen. Und vermutlich hätte er es sich bei seiner Wahl im November 2015 auch nicht vorgestellt, dass er einmal diese Aufgabe übernimmt. Wie er das tat und mit welchem Engagement aber auch Aufwand, das brachte ihm auch große Anerkennung bei den Delegierten ein. Einen Haushalt, der größer ist als der mancher Polizeidienststelle, mit mindestens genauso vielen Facetten. Aber einen Haushalt mit deutlich schwarzen Zahlen. Schuldenfrei bei eigenen Liegenschaften im Nahbereich des Ministeriums. Sorgfältige und seriöse Arbeit, bei der jede Stunde eine Überprüfung stattfinden kann und die jederzeit auf die Vermögensbetreuungspflicht des Verbandes ausgerichtet ist. Eben zukunftsorientiert und professionell und nicht wie in einem kleinen Hobbyverein. Mit völlig neuen haushalterischen Mechanismen. Mit einer Wirtschafts- und Steuerkanzlei an der Seite. „Alles auf dem richtigen Weg und Lob für das Geleistete“. Das war dann auch das Fazit der verbandsinternen Kassensprüfer, die nochmals eine deutliche Verbesserung quittieren konnten. Sie waren es dann auch, die den Delegierten die Entlastung des Landesvorstandes, also der ehrenamtlichen Mitglieder im Landesvorstand,



vorschlagen konnten. Und nach alledem was und wie es vorgetragen wurde, war die Abstimmung dazu eher reine Formsache. Das überwältigende Stimmergebnis zeigte, dass die Delegierten, mit dem was in der DPoIG geschieht und wie es geschieht, rundum zufrieden sind und waren.

Erstmals in der Geschichte der DPoIG legte Jürgen Engel den Delegierten einen Doppelhaushalt vor. Damit wird der Landesverband in die Lage versetzt, zu jeder Zeit in einem Haushaltsvoranschlag arbeiten zu können und stets sich an den Vorgaben der Gremien zu orientieren. Darüber hinaus wurden erstmals Entwicklungen und Planungen über einen längeren Zeitraum abgebildet. Letztlich machte Engel deutlich, dass man mit genau ausgewiesenen Rücklagentöpfen Sorge für zukünftige Herausforderungen und Aufgaben des Verbandes sicherstellt, so wie es in der Vergangenheit überwiegend nur im Bereich der Streikkasse war. Dass dieser



> Daniel Jungwirth, Stellvertreter Landesvorsitzender

Verband zukunftsorientiert auch in finanzieller Sicht aufgestellt ist, daran hatten auch die Delegierten nach dem Bericht von Jürgen Engel keine Zweifel mehr.

Nach einer Pause widmeten sich die Delegierten unter Leitung von Daniel Jungwirth, stellvertretender Landesvorsitzender, verbandsinternen Richtlinien. Diese wurden einstimmig angenommen. Damit wurden insbesondere in den Seniorenvertretungen neue Re-

gelungen getroffen, die dort einen weiteren Ausbau ermöglichen und für eine noch bessere Vertretung der Pensionäre und Rentner in der DPoIG sorgen.

In seinem Schlusswort fand Ralf Kusterer nochmals sehr persönliche Worte und bedankte sich neben den Kollegen im Tagungspräsidium, bei den vielen Akteuren des Tages, beim Helferteam der Geschäftsstelle und Wolfgang Krämer sowie insbesondere bei Lothar Reimann, der nach wie vor mit seinem großen Fachwissen und technischem Verstand die Veranstaltung begleitete und mit seiner Videotechnik für eine

lückenlose Dokumentation der Veranstaltung sorgte. Allen auch an dieser Stelle hier ein herzliches vergelt's Gott.

Es war der erste Landeshauptvorstand dieser neuen Führungsmannschaft. Aber ein nicht nur Erfolg versprechender sondern auch ein Erfolg liefernder Hauptvorstand. Selten hat im Nachhinein eine solche Veranstaltung ein so großes und nachhaltiges Echo und Rückmeldungen gebracht. Und das freut keinen mehr als die ehrenamtliche Führung der DPoIG, die daran auch so etwas wie eine Honorierung für ihre Arbeit entnehmen kann. ■



Edmund Schuler bei Tarifverhandlungen für die Polizeibeschäftigten unmittelbar dabei

In wenigen Wochen findet der Gewerkschaftstag des dbb in Berlin statt. Bei diesem großen Parteitag des gewerkschaftlichen Dachverbandes mit mehr als 1 000 Delegierten werden neben Neuwahlen auch einzelne Gremien neu besetzt.

Auch die Bundestarifkommission wird sich dort neu konstituieren und damit tarifpolitisch die personellen Besetzungen für die nächsten fünf Jahre und damit die mindestens drei Verhandlungsrunden für die Beschäftigten in den Ländern, und damit auch der Polizei festlegen.

Zum Ende des Monats Juli hat die DPoIG-Bundesleitung die Vertreter der DPoIG für die Bundestarifvertretung benannt. Darunter Edmund Schuler, Landestarifbeauftragter und Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes der DPoIG Baden-Württemberg.

Damit wird zukünftig wieder ein Baden-Württemberger Polizeibeschäftigter unmittelbar bei den Tarifverhandlungen (in der Regel in Potsdam) dabei sein. Zusammen mit der Bundesleitung des dbb und den Vertreterinnen/Vertretern der Mitgliedsgewerkschaften wird er mit

vollem Stimmrecht die Interessen unserer Mitglieder vertreten können. Die Mitglieder der Landestarifkommission gehörten zu

den ersten Gratulanten und sagten ihm bei dieser anspruchsvollen Aufgabe an vorderster Front ihre volle Unterstützung zu. ■





Mitgliederversammlung des DPoIG-Kreisverbandes Reutlingen am 3. Juli 2017



Nicht wenige Mitglieder waren der Einladung zur Mitgliederversammlung des DPoIG-Kreisverbandes Reutlingen gefolgt. In Vertretung für den kurzfristig erkrankten Kreisvorsitzenden Hans-Jürgen (Hanse) Maier, leitete sein Stellvertreter Sven Heinz die Versammlung,

In seinem Rechenschaftsbericht erwähnte Heinz etliche Termine, welche Vertreter der Vorstandschaft seit der letzten Mitgliederversammlung wahrgenommen hatten. Insbesondere waren dies Sitzungen und Treffen, die im Zusammenhang mit der reformbedingten Bildung und der Festigung des neuen DPoIG-Bezirksverbandes standen. Aber auch die Personalratswahlen Ende 2014, die im Übrigen sowohl auf Bezirks- als auch Landesebene ein voller Erfolg für die DPoIG waren, bedurften eingehender Abstimmung zwischen den

drei benachbarten Kreisverbänden Esslingen, Reutlingen und Tübingen. Den sehr hohen Organisationsgrad der DPoIG bei den neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen wertete Heinz als ein hervorragendes Zeichen für die aktuell sehr gute Verbandsarbeit der DPoIG. „Einhergehend mit einem mittelfristig erwarteten stärkeren Zugang von jungen Kolleginnen und Kollegen zu den Organisationseinheiten im Kreis Reutlingen, dürften damit unsere Mitgliederzahlen im Kreisverband weiter ansteigen“, prognostizierte Heinz. Er sprach auch davon, dass manche Unzufriedenheit, manches Grummeln an der gewerkschaftlichen Basis hausgemacht und vermeidbar seien. Direkte Kommunikation sei in diesen Fällen alles. Es könne fatal sein, in manchen (unliebsamen) Fällen nicht zu kommunizieren, also etwas aussitzen

zu wollen. Selbst wenn man sich zu einem bestimmten Vorgang oder Thema als Organisation nicht äußern wolle, empfahl Heinz doch zumindest, die Gründe für das Nichtkommunizieren mitzuteilen. Und zwar nach innen wie nach außen. „Unzufriedenheit durch Missverständnisse oder Unkenntnis kann man vermeiden. Wo offene Fragen sind, werden wir diese beantworten“, so Heinz. Man müsse als Funktionär oder Ansprechpartner zunächst aber Gewerkschaftsarbeit selbst verstehen, um Mitgliedern qualifiziert Rede und Antwort stehen zu können. Deshalb werde der Kreisverband beleuchten, ob es hier und dort noch Fortbildungsbedarf gebe.

Die Ausführungen zur Polizeireform und der im Raum stehenden Evaluation der Polizeireform überließ Sven Heinz dem extra zur Jahreshauptversammlung nach Reutlingen gereisten Landesvorsitzenden Ralf Kusterer und dessen Stellvertreter Oliver Auras. Die versammelten Mitglieder lauschten gespannt deren Ausführungen zu diesen allseits brennenden Themen. Auch die Worte des ebenfalls angereisten Bezirksvorsitzenden Adi Seiter stießen auf großes Interesse.

Turnusgemäß wurde bei der Versammlung ein neuer Kreisvorstand gewählt. Der frisch gebackene Pensionär Hanse Maier stand, nach zwanzig Jahren im Amt des Vorsitzenden, nicht mehr zur Verfügung. Sein Stellvertreter würdigte das von Maier erbrachte Engagement und dankte ihm dafür. Die versammelten Mitglieder wählten Sven Heinz zum neuen Kreis-

vorsitzenden. In seinen Schlussworten betonte dieser, dass jedes Mitglied im neuen Kreisvorstand besondere Fähigkeiten und Erfahrungen mitbringt, welche für die Erfüllung der zugeordneten Funktionen von Vorteil sind. Er erwähnte auch, dass keiner der Neugewählten lange zur Übernahme einer Funktion überredet werden musste. „Dieser vorhandene innere Antrieb wird dazu beitragen, dass sich die Reutlinger Vorstandschaft auch zukünftig ergänzen und gegenseitig unterstützen wird“, so Heinz.

> Neuwahlen

Kreisvorsitzender:	Sven Heinz
Stellvertreterin/Beisitzerin Frauen:	Safiye Leone
Geschäftsführer/Kassierer:	Christoph Straub
Beisitzerin Tarif:	Andrea Klitscher
Beisitzer Senioren:	Hans-Jürgen Maier
Beisitzerin JUNGE POLIZEI:	Sina Haertel
Beisitzer PRev Reutlingen:	Rainer Schmidt
Beisitzer PRev Metzingen:	Rene Elßner
Beisitzerin PRev Pfullingen:	Marion Gassner-Wendorff
Beisitzer PRev Münsingen:	Achim Rapp
Erster Kassenprüfer:	Frank Zipperle
Zweiter Kassenprüfer:	Rene Elßner

> Ehrungen für 25 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit

Marion Gassner-Wendorff
Tom Hiller
Markus Honold
Alexandra Kassel
Alexander Maier
Achim Rapp
Ulrich Riesch
Thomas Roos
Ulrike Russat-Yalcin
Thomas Schaich
Christian Seidel
Mark Wendig

> Ehrungen für 40 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit

Ewald Bayer
Claus Grießinger
Mathias Guischart
Anton Jäger
Erhard Klingler
Hans-Gottlob Kraus
Roland Kriegs
Peter Lerch
Hans-Jürgen Maier
Edmund Müller
Andreas Stolz

> Ehrung für 60 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit

Werner Gebauer

Ehrenmitglied Peter Mangel im ersten Jahr seines Ruhestandes verstorben



© DPoIG BW

Wenn verdiente Kollegen/-innen von uns gehen, ist dies immer ein emotionaler und trauriger Anlass zur Berichterstattung. Wenn ein geschätzter und allseits beliebter Kollege nach so kurzer Zeit im Ruhestand, auf den er sich so sehr gefreut hatte und den er so gerne ausgestalten wollte, verstirbt, ist dies um so tragischer. So geschehen am 14. Juni 2017, als unser Ehrenmitglied, ehemaliger Bezirksvorsitzender Nordwürttemberg, Mitglied des Landesvorstandes und langjähriger Geschäftsführer des Kreisverbandes Esslingen, Peter Mangel, im 10. Monat seines Ruhestandes verstorben ist.

Über Jahrzehnte hatte sich Peter Mangel in der Deutschen Polizeigewerk-

schaft engagiert und für die Polizei und deren Beschäftigten eingesetzt. Dabei lagen ihm alle Kolleginnen und Kollegen als Menschen, deren Interessen er in verschiedenen Gremien in dieser Zeit vertrat. Er wurde am 1. Januar 1975 Mitglied in der Gewerkschaft, der er über 42 Jahre angehörte und der er auch nach dem Eintritt in den Ruhestand im Juli 2016 treu verbunden blieb.

In der Zeit von 1999 bis 2015 führte er den Bezirksverband Nordwürttemberg, Zuständigkeitsbereich der ehemaligen Landespolizeidirektion Stuttgart I, und betreute/kümmerte sich somit um 17 Kreis- und Ortsverbände. In seiner Amtszeit festigte er die vorhandenen Strukturen des Bezirksverbandes und entwickelte diese weiter. Er war stets ein verlässlicher, vertrauenswürdiger und kompetenter Ansprechpartner für seine Kreis- und Ortsvorsitzenden wie auch für den Landesvorstand und die Landesleitung. In Anerkennung seiner Verdienste und seines ehrenamtlichen Engagements innerhalb der DPoIG wurde er auf dem Landeskongress 2015 in Stuttgart einstimmig von den Delegierten zum Ehrenmitglied des Landesverbandes ernannt.

Peter Mangel begann seine polizeiliche Laufbahn bei der Polizeidirektion Esslingen. Dort war er als Leiter der neu geschaffenen Ermittlungsgruppe Illegale (EGI) und beim Dezernat Fahndung ein-

gesetzt, bevor er als Mitglied des Örtlichen Personalrats 1997 in die Freistellung ging.

Bis kurz vor seiner Zuruhesetzung war er zunächst Vorsitzender des Örtlichen Personalrats der Polizeidirektion Esslingen, danach als Vorsitzender des Übergangspersonalrats und zuletzt Vorsitzender im Örtlichen Personalrat des Polizeipräsidiums Reutlingen. Bis zur Polizeireform war er Vorsitzender des Bezirkspersonalrats der Landespolizeidirektion Stuttgart. Er war Gründungsmitglied der damaligen Arbeitsgemeinschaft der Bezirkspersonalratsvorsitzenden und dort Stellvertreter. Nach der Änderung des LPVG gründete er die Arbeitsgemeinschaft der ÖPR-Vorsitzenden (ARGE ÖPR), übernahm den Vorsitz und legte den Grundstein für einen engen Kontakt zur polizeilichen und politischen Führung des Innenministeriums. Überdies war er lange Jahre Mitglied im Hauptpersonalrat der Polizei beim Innenministerium.

Wir verlieren einen wertvollen Menschen, einen Kameraden und Freund, der immer das Beste für den DPoIG-Landesverband im Sinn hatte und mit seiner offenen und ehrlichen Art sich einer bleibenden Erinnerung sicher sein darf. Seiner Familie gehört unser tief empfundenes Mitgefühl. Wir werden Peter Mangel ein ehrendes Gedenken bewahren.



Wir trauern um

Günther Harder,
Reutlingen

